

**Tag der Wirtschaft 2023**  
**Wahlen 2023 – Perspektiven statt Wunschdenken**  
Freitag, 8. September 2023

Es gilt das gesprochene Wort

## Freiheit und Verantwortung für eine starke Schweiz

Christoph Mäder, Präsident economiessuisse

Sehr geehrter Herr Bundespräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte  
Sehr geehrte Frau Staatssekretärin  
Sehr geehrter Herr Brigadier  
Exzellenzen  
Liebe Vertreterinnen und Vertreter unserer Mitglieder  
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie herzlich zum heutigen «Tag der Wirtschaft». Es freut mich sehr, dass Sie heute so zahlreich anwesend sind. Und es freut mich, dass wir heute gemeinsam mit Ihnen und unseren Gästen über die Zukunft der Schweiz nachdenken und diskutieren dürfen. Speziell begrüssen möchte ich an dieser Stelle die Schülerinnen und Schüler vom Wirtschaftsgymnasium der Kantonsschule Hottingen mit ihrer Lehrerin Sandra Vontobel.

In gut 45 Tagen finden die eidgenössischen Wahlen statt. Die Wahlen sind neben den Abstimmungssonntagen immer wieder Momente, in denen uns klar wird: Wir alle sind Teil unserer Demokratie. Wir alle können politisch mitbestimmen. Dieses Bewusstsein, ja dieses Privileg, Teil des demokratischen Systems zu sein, stärkt eindeutig auch die Verbundenheit, die wir mit unserem Land haben. Ganz unabhängig, welche politische Partei jede und jeder Einzelne von uns wählt: Wir alle sind stolz auf unsere Demokratie.

Meine Frage an Sie ist: Haben wir auch eine ähnlich starke emotionale Verbindung zur Schweizer Wirtschaft? Zu den Schweizer Unternehmen? Wahrscheinlich sagen Sie sich jetzt: «Schön wär's.» – Das denke ich auch. Schön wär's – doch können wir das auch effektiv erreichen? Das Auftaktvideo hat es uns eindrücklich gezeigt: Die Wirtschaft, das sind wir alle. Jede und jeder ist Teil der Wirtschaft, sei es als Unternehmerin, als Lernende, als Arbeitnehmerin oder als Konsument. Wir alle haben eine Meinung über die Wirtschaft – und Wünsche. Es ist deshalb auch unsere gemeinsame Aufgabe, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft weiterzuentwickeln und dabei in unserer Demokratie die unterschiedlichen Perspektiven offen und konstruktiv zu diskutieren. Daran müssen wir anknüpfen, wenn wir das Verständnis für die Wirtschaft stärken wollen. Wir als Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft sind dabei ganz besonders gefordert. Wir müssen zuallererst aufhören, die Wirtschaft in zwei Sphären

zu teilen. Damit schadet sich die Wirtschaft nur selbst. Es gibt nicht «die» Grossunternehmen auf der einen und «die» kleinen Unternehmen auf der anderen Seite. Fakt ist: Unsere Wirtschaft ist ein hoch innovatives Ökosystem. Es besteht aus über 600'000 Unternehmen, die eng miteinander vernetzt sind und nur gemeinsam erfolgreich sein können. Wir, damit meine ich die über 600'000 Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land, sind also gefordert, die Wirtschaft verständlicher zu machen und besser zu erklären. Wir müssen den Dialog mit der Bevölkerung pflegen und so das Vertrauen stärken. Genau dies ist das Ziel unseres Projekts «Wirtschaft. Wir alle.» Und ich kann Ihnen sagen, ich bin stolz, dass wir innert kurzer Zeit bereits über 400 Botschafterinnen und Botschafter der Wirtschaft gewinnen konnten, die sich in öffentlichen Debatten und auf Social Media zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen aktiv einbringen. Auch Sie alle hier im Raum können Botschafterinnen und Botschafter der Wirtschaft werden – im Foyer draussen hat es einen Informationsstand zu unserem Botschafter-Projekt. Zeigen Sie Ihren Unternehmergeist – und tragen Sie sich im Botschafter-Netzwerk ein. Vielen Dank!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es angesprochen: Wir stehen vor den eidgenössischen Wahlen. Damit ist unweigerlich auch die Frage verbunden: Welche Wirtschaftspolitik braucht die Schweiz in den nächsten Jahren? Welche Weichen müssen wir stellen, damit die Schweiz auch morgen über eine solide und starke Volkswirtschaft verfügt? Der renommierte britische Historiker Niall Ferguson hat vor über zehn Jahren in einem viel beachteten Werk unter dem Titel «Der Westen und der Rest der Welt» die Frage untersucht, warum der Westen im globalen Wettstreit dem Rest der Welt eigentlich so deutlich überlegen ist. Wie haben es die Europäer und Amerikaner in den letzten 500 Jahren zu ihrem eindrücklichen und nie zuvor dagewesenen Wohlstand gebracht? War es einfach Glück? Vielleicht auch, aber viel massgebender sind Erfolgsfaktoren, auf die sich der Westen teils zufällig, teils politisch bewusst eingestellt hat. Niall Ferguson nennt sechs konkrete Faktoren, die den Westen so erfolgreich gemacht haben. Es ist eine Art Werkzeugkasten mit bestimmten Instrumenten, die zur Anwendung kommen müssen: Wettbewerb, Eigentumsrechte, Wissenschaft, Medizin, Konsum und Arbeitsmoral.

Und es trifft auch für unser Land zu. Auch die Schweiz hat mit der Gründung des liberalen Bundesstaates vor 175 Jahren genau diese Werkzeuge genutzt – und zählt heute zu den wohlhabendsten Ländern weltweit. Erstens herrscht in der Schweiz dank ihrer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung grundsätzlich Wettbewerb. Auch unser Staat kennt dank der föderalen Struktur und der direkten Demokratie einen Wettbewerb der Ideen. Wettbewerb, das wissen wir alle, ist eine enorm starke Triebfeder für Innovation und Wohlstand. Zweitens sind in der Schweiz die individuellen Freiheitsrechte und das Privateigentum durch unsere Bundesverfassung geschützt – eine essenzielle Errungenschaft vor 175 Jahren – eine Errungenschaft, die wir Tag für Tag verteidigen müssen. Drittens zählen unsere ETHs in Lausanne und Zürich, aber auch verschiedene Universitäten und Hochschulen der Schweiz, zu den Top-Adressen der Wissenschaft. Viertens ist die Schweiz in den Bereichen Medizin, Lifes Sciences und Pharma weltweit hervorragend aufgestellt. Fünftens zählt das BIP pro Kopf in der Schweiz zu den höchsten, was den Konsum und zugleich die laufende Weiterentwicklung von Produkten und Dienstleistungen ermöglicht. Und sechstens ist die Schweiz dank ihrer leistungsorientierten Arbeitsethik stark geworden. Wenn ich in die Wirtschaftswelt mit ihren zahlreichen innovativen Firmen schaue, sehe ich: In der Schweiz wird auch heute noch angepackt, entwickelt und gearbeitet. Wir sind ein Volk von «Chrampfern» und wir wissen: «Vo nüt chont nüt.»

Ist also alles gut? Können wir uns nach getaner Arbeit zurücklehnen? Die Antwort lautet eindeutig «Nein».

Zum einen fällt die Schweiz im relativen Standortvergleich zurück: Viele von uns sind in international tätigen Unternehmen engagiert und sehen, dass andere Weltregionen diese «Erfolgsfaktoren» längst

ebenfalls nutzen und mit rasanter Geschwindigkeit aufholen, allen voran Asien. Es wäre falsch zu meinen, diese Faktoren seien westliche Erfindungen, die mit Patent geschützt sind. Es ist längst kein Geheimrezept mehr, was eine Nation erfolgreich macht. China etwa weiss genau, was es dazu braucht. Die Zeit, als der Westen einen erheblichen, gewissermassen natürlichen Vorsprung auf den Rest der Welt hatte, ist vorbei. Es ist höchste Zeit, dass wir den Tatsachen in die Augen schauen.

Zweitens: Die Schweiz ruht sich auf ihren Lorbeeren aus. Das ist gefährlich. Stillstand ist Rückschritt. Nehmen Sie das Beispiel der Europapolitik. Der Bundesrat zögert und zögert – seit Jahren. Ein solches Handeln könnte sich kein einziges Unternehmen leisten. Die Folgen dieses Zauderns sind klar: Im Stillen erodiert der Marktzugang für Schweizer Unternehmen, die Mitarbeit unserer ETHs und Unis bei den EU-Forschungsprogrammen ist erschwert – Stichwort «Horizon Europe». Wie also steht es in der Schweiz um den wichtigen Erfolgsfaktor «Wissenschaft»? Alles halb so schlimm? Nein, wir gefährden das, was uns erfolgreich gemacht hat. Oder nehmen Sie das Beispiel der viel diskutierten «Vier-Tage-Arbeitswoche». Nicht die vier Tage sind das Problem, wohl aber der teilweise verbreitete Irrglaube, es gebe bei weniger Arbeit dann trotzdem noch die heutigen Leistungen des Staates und den heutigen Wohlstand. Wohlstand kommt von Leistung und nicht vom Verteilen. Wir können schon alle weniger arbeiten, aber dann gibt es auch für alle weniger Wohlstand. Es drängt sich also auch die Frage auf: Wie steht es heute um den wichtigen Erfolgsfaktor der Arbeitsmoral?

Und schliesslich drittens: Während die Schweiz in sich ruht und vor allem mit sich selbst beschäftigt ist, halten in der Welt erhebliche geopolitische und weltwirtschaftliche Unsicherheiten an. Es herrscht seit eineinhalb Jahren Krieg in Europa. Die Weltwirtschaft stockt, rezessive Tendenzen machen sich breit. Die Nationen überschlagen sich in einem industriepolitisch motivierten Subventionswettbewerb. All das wird viel kosten – die weltweite Staatsverschuldung wird in der Folge weiter zunehmen. Die Schweiz wird sich all dem nicht entziehen können. Der politische und wirtschaftliche Druck wird auch die Schweiz zum Handeln zwingen.

Was ist also zu tun? Welche Wirtschaftspolitik braucht die Schweiz?

Allen voran braucht es eine klare Ambition, die wir gemeinsam – Politik und Wirtschaft – verfolgen wollen. Ambitionen inspirieren Menschen, über sich hinauszuwachsen und ihre Ziele zu erreichen, auch wenn der Weg steinig sein mag. Für die Schweiz sollten wir die Ambition haben, als Wirtschaftsstandort weltweit führend sein zu wollen. Die Ambition, dass wir in der Schweiz über eine starke Wirtschaft verfügen wollen, die den Wohlstand des Landes gewährleistet. Das geht nicht ohne Mut und Reformwille. Wir brauchen in Bern deshalb Politikerinnen und Politiker, welche die Ärmel hochkrepeln, die wirtschaftspolitischen Reformen mit Elan anpacken und vorwärtsmachen. Was heisst das konkret mit Blick auf die neue Legislatur?

Ohne Strom steht die ganze Wirtschaft still. Und ohne klimafreundlichen Strom erreichen wir das Netto-Null-Ziel niemals. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns in der kommenden Legislatur die Weichen stellen, damit wir die klimaschonende Stromproduktion verdoppeln können. Wir brauchen von allen Stromquellen viel: Wind-, Wasser-, Solar- und Kernenergie. Und wir benötigen die dazugehörigen stabilen Netze. Die entscheidende Frage ist also: Schaffen wir es, die heutige Infrastrukturblockade zu überwinden. Wir, die Wirtschaft, werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die zahlreichen Handbremsen gelöst werden und der Weg für eine nachhaltige Stromversorgung geebnet wird.

Nachhaltig muss auch unsere Finanzpolitik sein. Klar ist: Der Bund muss in den kommenden Jahren stark priorisieren, um die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten. Das Problem sind nicht die Einnahmen. Diese wachsen nämlich Jahr für Jahr, ganz besonders die Einnahmen aus der Unternehmenssteuer. Problematisch sind die Mehrausgaben, die das Parlament vornehmen will, ohne sich dabei um die Finanzierung zu kümmern. Die Budgetdisziplin lässt zu wünschen übrig. Wir sehen in fast

allen Bereichen Budgetaufstockungen und höhere Ausgaben. Das Budget, das der Bundesrat für das kommende Jahr 2024 festgelegt hat, ist nur dank ersten Entlastungsmassnahmen noch schuldenbremskonform. Doch die nachfolgenden Planjahre sind es nicht. Der Fehlbetrag übersteigt bereits im Jahr 2027 die Marke von 1 Milliarde Franken. Vor allem die gesetzlich vorgegebenen Ausgaben für die Sozialwerke und die Gesundheit steigen ungebremst. Dazu kommt ein enormes Wachstum beim Staatspersonal. Zur Beseitigung des zunehmenden Ausgabenüberhangs werden deshalb weitere Massnahmen nötig sein. Ein weiteres Problem sind die gebundenen Ausgaben: Inzwischen sind über 60 Prozent der Bundesausgaben gesetzlich vorgegeben und damit dem jährlichen Budgetprozess sowie kurzfristigen Massnahmen entzogen. Das engt den Spielraum sehr stark ein. Mit Blick nach vorne ist deshalb klar: In der Finanzpolitik werden ungemütliche Diskussionen und auch harte Entscheide nötig sein. Jeder Franken kann nur einmal ausgegeben werden. Umso mehr gilt: An der Schuldenbremse darf nicht gerüttelt werden. Die Schweiz braucht auch in Zukunft eine verlässliche Finanzpolitik.

Verlässlichkeit und Klarheit sind auch in der Europapolitik – gelinde gesagt – wünschenswert. Ich kann es leider nicht anders ausdrücken: Es ist seit Jahren ein Trauerspiel. Geschätzter Bundesrat, machen Sie bitte Nägel mit Köpfen. Wir haben eine Landesregierung, damit sie das Land regiert und voranbringt. Übernehmen Sie Verantwortung und bringen Sie die «Bilateralen III» auf Kurs. Wir brauchen ein geregeltes Verhältnis zu unserem wichtigsten Handelspartner, der EU. Ich bin überzeugt, dass die Schweizer Bevölkerung den bilateralen Weg bestätigen wird. Ebenso bin ich überzeugt, dass die Bevölkerung auch in Zukunft an der Personenfreizügigkeit mit der EU festhalten wird. Fakt ist, dass uns bereits heute 130'000 Arbeitskräfte fehlen. Wir alle spüren den Arbeitskräftemangel. Mit dem Eintritt der Babyboomer-Generation in die Rente wird sich der Arbeitskräftemangel massiv verschärfen. Die Zuwanderung über die Personenfreizügigkeit in unseren Arbeitsmarkt ist also definitiv nicht das Problem, sondern Teil der Lösung. Deshalb ist auch die neue Kündigungsinitiative der SVP das falsche Mittel. Eine Annahme der Initiative würde nicht nur zur Kündigung der Personenfreizügigkeit führen, sondern den bilateralen Weg an sich massiv gefährden. Wie man da auf die Idee kommt, dies als nachhaltig zu bezeichnen, löst zumindest bei mir Fragezeichen aus.

Das Stichwort «Nachhaltigkeit» führt mich zu einem Thema, das in den nächsten Jahren von grösster Bedeutung sein wird: unser Engagement für eine liberale und zugleich nachhaltige Marktwirtschaft. Die Schweizer Wirtschaft bekennt sich klar zum Netto-Null-Ziel und beschreitet mit Eigeninitiativen den Weg zu diesem Ziel: Bereits über 130 Schweizer Unternehmen haben sich im Rahmen der internationalen Science Based Targets initiative (SBTi) freiwillig wissenschaftsbasierte Klimaziele gesetzt. Seit Anfang 2022 konnten die verbindlichen Emissionseinsparungen von Schweizer Firmen auf über 450 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> erhöht werden. Zum Vergleich: Die Schweiz hat Inlandsemissionen von etwa 50 Millionen Tonnen. Je mehr die Wirtschaft mit Eigeninitiativen vorangeht, desto weniger Regulierungen und Vorschriften braucht es. In einer liberalen und nachhaltigen Marktwirtschaft werden die Rahmenbedingungen so gesetzt, dass sich nachhaltiges Wirtschaften lohnt.

Problematisch wird es dann, wenn der Staat unter dem Deckmantel des «Klimaschutzes» mit völlig überrissenen Subventionsprogrammen und protektionistischen Massnahmen eine aktive Industriepolitik betreibt. Genau das erleben wir derzeit in vielen Staaten, die sich mit Förderprogrammen und Branchensubventionen überbieten. Dabei geht es längst nicht nur um das Thema Klima. Joe Bidens Regierung pumpt derzeit gigantische Beträge in die eigene Industrie und glaubt, so gegen China zu gewinnen. Meine Damen und Herren, die Schweiz muss diesem Trend widerstehen. Es ist schlicht der falsche Weg. Selbst die USA werden sich eine solche Politik nicht auf ewig leisten können. Dass die Ratingagentur Fitch die Kreditwürdigkeit der USA gestutzt hat, ist ein deutlicher Warnschuss. Gerade in Zeiten der grossen Popularität der Industriepolitik ist es für Liberale essenziell, am ordnungspolitischen Kompass festzuhalten und für diesen auch einzustehen. Das ist eine zentrale Aufgabe von

economiesuisse. Wir sind felsenfest davon überzeugt, dass nicht staatliche Ausgabenprogramme, sondern marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz stärken. Wir sind überzeugt, dass nicht selektive Branchenförderung, sondern Wettbewerb Innovationen hervorbringt. Und wir sind überzeugt, dass nicht der Ruf nach dem Staat, sondern Eigenverantwortung und Unternehmertum Wohlstand in diesem Land schaffen.

Zugleich müssen wir uns bewusst sein: Mit ordnungspolitischen Grundsätzen allein gewinnen wir keinen Blumentopf. Was es eben auch braucht, sind politische Mehrheiten und Realitätssinn. Es geht darum, der aus liberaler Sicht bestmöglichen Option zum Durchbruch zu verhelfen – im Wissen darum, dass es nicht die lupenreine liberale Lösung ist. Nehmen Sie das Beispiel der OECD-Steuerreform: Ordnungspolitisch schwierig, weil der Steuerwettbewerb eingeschränkt wird. Doch im aktuellen internationalen Umfeld ist ein Mitmachen der Schweiz eben doch die beste Lösung für die Wettbewerbsfähigkeit und Rechtssicherheit unseres Standorts. Oder nehmen Sie das Beispiel der BVG-Reform, über die wir in wenigen Monaten abstimmen: Es ist nicht die perfekte, aber die bestmögliche Lösung. Eine Lösung, die das bewährte 3-Säulen-System unserer Altersvorsorge stärkt und die berufliche Vorsorge für die Zukunft fit macht. Darum sagt die Wirtschaft klar Ja zur Reform der zweiten Säule.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. Zum Liberalismus gehören Freiheit und Verantwortung. Vor allem Letzteres ist zuweilen in gewissen Kreisen zu kurz gekommen. Auch in der Wirtschaft. Der Niedergang der Credit Suisse ist die Folge eines offensichtlichen Missmanagements und eines eklatanten Versagens der Organe dieser Bank. Hier war ein Management am Werk, das seine Verantwortung gegenüber ihrem Unternehmen und gegenüber der Schweiz leider nicht wahrgenommen hat. Wer unternehmerische Freiheit fordert, muss auch Verantwortung übernehmen. Wer Verantwortung trägt, benötigt Besonnenheit, Bescheidenheit und Bodenhaftung. Wer Verantwortung übernimmt, zeigt unermüdliches Engagement für eine Sache, stets auf der Suche nach der bestmöglichen Lösung. Genau diese Eigenschaften sind auch in der Politik gefragt. Verantwortung übernehmen heisst in unserer Demokratie, Lösungen zu suchen, realistische Perspektiven aufzuzeigen und Reformen anzupacken. Verantwortungslos ist hingegen, wer ständig blockiert oder ideologisches, kompromissloses Wunschdenken an den Tag legt. Was wir brauchen, sind Perspektiven statt Wunschdenken. Was wir brauchen, ist eine mutige Wirtschaftspolitik, die auf Freiheit und Verantwortung baut. Für eine starke Wirtschaft. Für eine starke Schweiz.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.